

Antrag öffentlich
Vorlagen-Nr. A 25/0126

Beratungsfolge

Gremium	Datum	Status	Zuständigkeit
Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr	20.02.2025	Ö	Entscheidung

Freigabedatum: 20.02.2025	Gestellt von: CDU-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion
----------------------------------	---

Haushaltsbegleitantrag der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen, CDU und SPD zum bestehenden TOP "Etat 2025", Vorlage V 25/0058

Beschlussvorschlag

In der gesamten aktuellen Ratsperiode war es durch das seriöse, an den Einnahmen orientierte Ausgabeverhalten möglich, jeweils einen Etat zur Beschlussfassung einzubringen, der trotz der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit einem positiven Ergebnis geplant und auch abgeschlossen wurde.

Die Aufstellung eines im Ergebnis ausgeglichen Haushalts bleibt eine zentrale Aufgabe für alle demokratischen Kräfte im Rat der Stadt. Dies wird in der Zukunft jedoch dadurch gefährdet, dass von den oberen staatlichen Ebenen Aufgaben zugewiesen und Auszahlungen vor Ort gesetzlich festgeschrieben werden, ohne dass hierzu die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Dies gefährdet die verantwortungsvolle Haushaltsführung vor Ort in der Zukunft erheblich. Nach den Konsolidierungsanstrengungen in den Kommunen sind darüber hinaus nun der Bund und das Land dringend gefordert, eine Perspektive für die Entschuldung und die Schaffung angemessener Investitionsspielräume der Städte und Gemeinden zu sorgen.

Die nach dem Stärkungspakt wiedererlangte Handlungsfähigkeit möchten wir für die Stadtgesellschaft weiter nutzen. Unser vorrangiges Ziel bleibt es, eine lebenswerte Stadt zu erhalten, in der wir uns wohl, sicher und geborgen fühlen, in der wir gute Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft und gute Arbeitsplätze und erschwingliche Wohnungen finden, die den jüngeren Menschen eine Perspektive bietet, die die Erfahrung der älteren Menschen schätzt und den Herausforderungen der Klimakrise gerecht wird. Für das Haushaltsjahr 2025 werden daher die nachstehend aufgeführten Maßnahmen beschlossen, die sich im Rahmen des positiv geplanten Ergebnisses im Haushaltsplanentwurfs bewegen.

I.

Wir wollen eine starke Wirtschaft und eine funktionierende Infrastruktur erhalten:

- Gerade bei aktuell schwierigen Rahmenbedingungen ist eine enge und vertrauensvolle Betreuung unserer Unternehmen vor Ort besonders wichtig. Eine gut ausgestattete Wirtschaftsförderung kann den Wirtschaftsstandort maßgeblich positiv beeinflussen und zudem positive Einflüsse auf die Arbeitsmarktsituation in Mülheim generieren.

Um einen Schwerpunkt im Unternehmensservice sowie der Mitwirkung bei der Entwicklung neuer Gewerbestandorte, im Standortmarketing und bei thematischen Sonderprojekten setzen zu können, wird in der Wirtschaftsförderung zunächst eine zusätzliche Stelle eingerichtet, die über das vom Kämmerer bei der Einbringung des Haushaltes aufgeführte Personalkostenbudget gedeckt ist. Eine zweite zusätzliche Stelle wird eingerichtet, sobald das Personalkostenbudget dies zulässt.

- Wir halten an dem Ziel fest, eine Stadtentwicklungsgesellschaft mit dem Ziel zu gründen, zunächst die Innenstadt und im Weiteren auch die Stadtteile zu entwickeln. Hierzu prüft die Verwaltung Möglichkeiten der mittelfristigen Umsetzung und legt diese der Politik vor.

- Eine funktionierende Wirtschaft benötigt eine intakte Infrastruktur. Dafür ist ein zeitgemäßer städtischer Bauhof unablässig. Die Verwaltung wird daher beauftragt, den Prozess der Optimierung der städtischen Bauhöfe in 2025 fertigzustellen und den politischen Gremien ein Konzept zur Verbesserung der Situation vorzulegen. Eine zusätzliche Stelle wird eingerichtet, sobald das Personalkostenbudget dies zulässt.

- Auch wenn wir vor kurzem Mittel zur vorgezogenen Sanierung einiger Straßen bereitstellen konnten, ist der Zustand unserer Straßen nach wie vor erheblich verbesserungsbedürftig. Instandsetzungen müssen konsequent und nachhaltig erfolgen. In einem weiteren Schritt wird nun der Feuerwehrtopf für kurzfristig notwendige Straßeninstandhaltungen um zusätzliche 100.000 Euro aufgestockt.

- Es wird die Anschaffung eines Instruments zur Erkennung und Reparatur von Rissen in Straßen geprüft.

II.

Wir rücken Klima- und Umweltschutz sowie die Gestaltung der Verkehrswende in den Fokus. Dazu beschließen wir folgende Maßnahmen:

- Das Budget der Stabsstelle für Klimaschutz und Klimaanpassung wird um 100.000 Euro erhöht, um kurzfristig Maßnahmen umzusetzen und Fördergelder abrufen zu können.

In den Sitzungen des Ausschusses für Umwelt und Energie wird über den Stand der Fördermittelakquise bzw. der darüber finanzierten Projekte Bericht erstattet.

- Um kleinere, wirksame Maßnahmen zur Verbesserung des Fuß- und Radverkehrs durchzuführen, werden weitere 100.000 Euro dem Amt für Verkehrswesen und Tiefbau zur Verfügung gestellt.

- Zur Übernahme klimarelevanter Planungsaufgaben wird im Amt für Stadtplanung und Wirtschaftsförderung eine zusätzliche Stelle „Klimaplanung“ eingerichtet, die über das vom Kämmerer bei der Einbringung des Haushaltes aufgeführte Personalkostenbudget gedeckt ist. Damit werden zusätzliche Kapazitäten für konkrete Planungsaufgaben für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen ermöglicht. Dies umfasst beispielsweise Bebauungspläne für PV und Windenergie, die Sicherstellung von Klimaschutz in Bebauungsplänen, das Erstellen und die Überarbeitung von relevanten Satzungen, sowie das Schreiben von Konzepten und Förderanträgen für Klimaschutz und Klimaanpassung u.a.

- In der unteren Naturschutzbehörde wird eine zusätzliche Stelle, die über das vom Kämmerer bei der Einbringung des Haushaltes aufgeführte Personalkostenbudget gedeckt ist, eingerichtet, um die erforderlichen Prüfungen in Planungsverfahren zu beschleunigen. Während im Planungsbereich dringend notwendige, zusätzliche Kapazitäten geschaffen worden sind, sind natur- und artenschutzrechtliche Gutachten nach wie vor eine Engstelle bei Bauleitplanungs- und Genehmigungsprozessen. Dies betrifft sowohl Vorhaben wie bspw. die Gutachten für die Photovoltaikanlage auf der Halde im Ruhrbogen, als auch private und gewerbliche (Bau-)Vorhaben.

- Im Amt für Umweltschutz wird eine zusätzliche Stelle „Gewässerunterhaltung“ eingerichtet, die über das vom Kämmerer bei der Einbringung des Haushaltes aufgeführte Personalkostenbudget gedeckt ist, um die Gewässer der Stadt Mülheim an der Ruhr zu renaturieren und gegenüber Klimafolgeeffekten resilient zu machen. Mit der zusätzlichen Stelle für die allgemeine Gewässerunterhaltung soll die Planung und Beauftragung von Gewässerpflegemaßnahmen und Renaturierung ermöglicht werden.

- Für den Bereich der Abfallwirtschaft/gewerblichen Müllaufsicht wird im Amt für Umweltschutz eine zusätzliche Stelle, die über das vom Kämmerer bei der Einbringung des Haushaltes aufgeführte Personalkostenbudget gedeckt ist, eingerichtet, die die Anwendung und Umsetzung des EU-Kreislaufgesetzes ermöglicht sowie die Durchsetzung von Gesetzen und Satzungen im Rahmen der Abfallwirtschaft gewährleistet. Umweltkriminalität darf nicht akzeptiert werden und folgenlos bleiben.

- Die Stellen der Klimaschutzmanager in der Stabsstelle Klimaschutz und Klimaanpassung werden auf Vollzeit aufgestockt, sobald das Personalkostenbudget dies zulässt, um das Projektcontrolling sowie die Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation zum Klimaschutzkonzept zu verbessern.

- Bei der Planung und Durchführung von städtischen Bauvorhaben wird eine an den Klimaschutz orientierte und energetisch optimierte Planungsoption geprüft. Dies beinhaltet eine über die gesamte Lebenszeit gerechnete Wirtschaftlichkeitsanalyse, die für jedes Vorhaben durchgeführt und veröffentlicht wird.

III.

Wir stärken das Engagement der Stadtgesellschaft und ermöglichen mehr Lebensqualität in Mülheim:

- Die Mittel der Bezirksvertretungen für die Unterhaltung von Spielplatzgeräten werden um insgesamt 45.000 Euro aufgestockt (15.000 Euro je BV). Auf diese Weise sollen mehr Handlungsspielräume zur Instandhaltung und auch zur Umrüstung von Spielplätzen mit inklusiven Spielgeräten geschaffen werden.

- Die Bezirksvertretungen erhalten zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 30.000 Euro (10.000 Euro je BV) zur Beschaffung und Aufstellung von je 5 Bänken pro Bezirksvertretung.

- 2024 wurde für den Stadtteil Styrum das integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept (kurz ISEK) verabschiedet. Leider stehen im Etat der Stadt Mülheim keine finanziellen Mittel zur Umsetzung des gesamten Programmes zur

Verfügung. Dem Amt für Stadtplanung und Wirtschaftsförderung werden daher zusätzliche 150.000 Euro zur Verfügung gestellt, um Einzelmaßnahmen zu planen und Fördermittel generieren zu können, zum Beispiel für die Realisierbarkeit eines inklusiven Wasserspielplatzes in Styrum entsprechend dem Antrag A24/0036-01 in der BV 2 und infrastrukturelle Maßnahmen für die Nord-Süd-Verbindung in Styrum, wie den künftigen Schulweg der Schüler zur Augustastr. und vergleichbare Planungen.

- Ebenso wie in Eppinghofen wird auch in Styrum langfristig ein Stadtteilmanagement eingerichtet. Ein Teil der Aufgaben gehört bereits zum Arbeitsfeld der Beschäftigten der Feldmann-Stiftung, das reicht bei weitem aber nicht aus, um die besonderen Bedarfe und Herausforderungen des Stadtteils abzudecken. Weitere Bedarfe im Rahmen der Umsetzung des Handlungskonzeptes bedürfen der Klärung.
- Die Arbeitsgemeinschaft der Behinderten-Selbsthilfe und chronisch Kranker (AGB) erhält einen Zuschuss von 5.000 Euro zur Förderung der Interessenvertretung von Menschen mit Behinderung.
- Um die Errichtung eines Basketballkorbs an der Hochschule Ruhr West zu ermöglichen, werden der Bezirksvertretung 3 zusätzlich 6.000 Euro zur Verfügung gestellt.
- Um eine Hundefreilauffläche an der Saarner Straße/Holzstraße einzurichten, erhält die Bezirksvertretung 3 eine Summe von 22.000 Euro. Die Verwaltung wird die Einrichtung einer solchen umzäunten Fläche begleiten.
- Der Ausstellungsetat des Kunstmuseums wird um zusätzliche 21.000 Euro auf dann 100.000 Euro erhöht.
- Um im Ringlokschuppen die mit der Deckensanierung einhergehenden Umbaukosten der Traversentechnik zu finanzieren, werden 10.000 Euro eingeplant.
- Die Umlage für das Kultursekretariat NRW wird um 6.000 Euro erhöht.
- Die Stadt wird die Finanzierung des Mülheimer Anteils für das Impulsefestival in den kommenden Jahren sicherstellen.
- Für die Förderung der Erinnerungskultur werden dem Stadtarchiv Mittel in Höhe von 6.000 Euro zur Verfügung gestellt. Dies beinhaltet auch die Finanzierung einer Gedenktafel und einer begleitenden Veranstaltung zur Zwangsarbeiterstelle des Reichsbahnausbesserungswerkes am Ringlokschuppen.
- Für die im Rahmen des letztjährigen Haushaltsbegleitbeschlusses ins Leben gerufene Stelle der historischen Bildungsarbeit/Archivpädagogik werden Mittel in Höhe von 5.000 Euro jährlich für die Beschaffung von Materialien und Sachmittel zur Verfügung gestellt.
- Die Anträge des SVLS e. V. zur Finanzierung einer adäquaten Prävention und Beratung zu HIV/Aids und anderen STI's, insbesondere in den Schulen, über insgesamt 44.000 EURO werden bewilligt. Die Verwaltung verstetigt die Finanzierung dieses Angebots über das Jahr 2025 hinaus.
- Die Verwaltung wird beauftragt, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für den Erhalt der Beratungsstelle für Alleinerziehende einzusetzen.

- Die Anzahl der Stimmbezirke für die Wahl des Integrationsrats bleibt auf ihrem aktuellen Niveau.
- Die Verwaltung wird beauftragt, Standorte für Mehrgenerationensportgeräte zu finden. Auch ein Standort für einen Trimm-dich-Pfad soll gefunden werden (z. B. am Fossilienweg).

IV.

Wir haben die jungen Menschen in unserer Stadt im Blick:

- Zum Aufbau einer zielgerichteten Arbeits- und Kommunikationsstruktur im Zusammenhang mit der schulischen Digitalisierung ist eine zusätzliche Fachkraft im Dezernat IV erforderlich, da laufend enge Abstimmungen mit Amt 19, Schulaufsicht, Schulleitungen, Lehrerschaft, Eltern und anderen Akteuren erforderlich geworden sind. Auch die Überwachung von Änderungen auf pädagogischer Seite muss vom Dezernat IV gewährleistet sein. Die beschriebenen Aufgaben sind mit den vorhandenen Ressourcen beim Fachamt nicht zu bewältigen, daher wird eine zusätzliche Stelle Schul-IT, die über das vom Kämmerer bei der Einbringung des Haushaltes aufgeführte Personalkostenbudget gedeckt ist, eingerichtet.
- Das Projekt kostenfreie Periodenartikel wird fortgesetzt.
- Die Junior-Uni erhält in 2025 ab Mai einen monatlich auszahlbaren Zuschuss von 5.000 Euro pro Monat. Vorbehaltlich eines positiven Votums im Rahmen einer Evaluierung des pädagogischen Konzepts und des Wirtschaftsplans durch den Bildungsausschuss wird diese Förderung ab 2026 mit 50.000 Euro p.a. in monatlicher Auszahlung verstetigt.
- Die Bezirksschülervertretung erhält Verfügungsmittel in Höhe von 5.000 Euro.
- Zur Verbesserung der Ausstattung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Mülheimer Berufskollegs besteht zukünftig Handlungsbedarf. Die Verwaltung erstellt hierzu eine diesbezügliche Bedarfsanalyse inkl. Ermittlung der zu veranschlagenden Kosten und des Investitionsbedarfs.
- Das von der Kooperation auf den Weg gebrachte Schwimmbad links der Ruhr soll schnellstmöglich realisiert werden. Nachdem wir im vergangenen Haushalt finanzielle Vorbereitungen zur Durchführung einer an die Machbarkeitsstudie anschließenden Planung getroffen haben, werden nun in den nächsten Jahren die ersten investiven Mittel für die Realisierung bereitgestellt. In 2026 werden hierzu Mittel in Höhe von 50.000 Euro, in den Jahren 2027 und 2028 jeweils Mittel in Höhe von 100.000 Euro in die Haushaltsplanung eingestellt.

V.

Wir sorgen für mehr Sicherheit und Sauberkeit in Mülheim:

- Zur Erreichung der Ziele der Gefahrenabwehr und gesteigerten öffentlichen Ordnung und im Hinblick auf den bereits eingetretenen Aufgabenzuwachs des KOD und um dem gestiegene gesellschaftlichen Schutz- und Sicherheitsbedürfnis Rechnung auch außerhalb der Innenstadt zu tragen, dem bereits lokal mit einer Bestreifung in Zusammenarbeit mit der Polizei begegnet wird, werden zunächst 2 Stellen im KOD, die über das vom Kämmerer bei der Einbringung des Haushaltes aufgeführte Personalkostenbudget gedeckt sind, eingerichtet. 2 weitere Stellen werden eingerichtet, sobald das Personalkostenbudget dies zulässt.

- Das Thema der zivilen Alarmplanung ist von wichtigster Bedeutung. Zur vordringlichen Durchführung dieser notwendigen Aufgabe wird daher eine Stelle eingerichtet, die sich ausschließlich mit dieser Thematik befasst, sobald das Personalkostenbudget dies zulässt.

- Der Hochwasserschutz wird als notwendige Aufgabe einer Stadtverwaltung im Amt für Umweltschutz durch eine weitere Stelle gesichert. Die zusätzliche Stelle für den Hochwasserschutz soll sich gezielt um die Akquise von Fördermitteln für Hochwasserschutzmaßnahmen und Deichsanierung entlang der Ruhr kümmern.

- Zur Bekämpfung von bestehenden Angsträumen um den Nordeingang des Hauptbahnhofes werden nicht verausgabte Mittel genutzt. Die Verwaltung wird noch einmal mit Nachdruck beauftragt, unverzüglich ein Gesamtkonzept zur verbesserten Beleuchtung insbesondere im Hinblick auf die Fußwege und -verbindungen in der Innenstadt zu entwickeln und der Politik zum Beschluss vorzulegen. Dieses soll auch zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsempfindens dienen.

- Ein gepflegtes Erscheinungsbild einer Stadt wirkt nicht nur einladend und verbessert die Aufenthaltsqualität, sondern signalisiert auch Ordnung und Sicherheit. Die üblichen Reinigungsintervalle reichen mancherorts leider nicht mehr aus. Von daher werden zur Intensivierung der Arbeiten durch Sonderreinigungen zusätzliche Mittel in Höhe von 45.000 Euro bereitgestellt.

- Vermehrter Grünwuchs hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass eine sichere und störungsfreie Nutzung des Leinpfades nicht immer möglich war. Zur Durchführung zusätzlicher Grünschnittpflege werden daher zusätzliche Mittel in Höhe von 5.000 Euro zur Verfügung gestellt.

- Um dem Wunsch der Anwohnenden nach einer größeren Verkehrssicherheit, insbesondere auf Schulwegen, Rechnung zu tragen, wird auf der Kaiser-Wilhelm-Straße eine Lichtzeichenanlage neben der Zufahrt Sozialagentur eingerichtet. Die Investition ist kostenneutral, da hierfür die während der Sperrung der Brücke Hauskampstraße geplante Baustellenampel entfällt.

- Es wird die Anschaffung eines zusätzlichen mobilen Geschwindigkeitsmessgeräts verfolgt.

Sachverhalt

Begründung erfolgt mündlich.

Brigitte Erd - Timo Spors.

Fraktionsvorsitzende Bündnis 90 / Die Grünen

Christina Küsters
Fraktionsvorsitzende CDU

Margarete Wietelmann
Fraktionsvorsitzende SPD

Anlage/n

Keine